



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Amerika und die Dauerhaftigkeit seine politischen Verhältnisse. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fällig werden lassen, sondern die nötigen Quartiere schaffen, daß man sie gegebenenfalls zu rechter Zeit wieder los wird.

Wie gesagt, Ausnahmegeetze sollen für Ausländer, die sich in unsern Kolonien ansiedeln wollen, vorläufig nicht gefordert werden. Trotzdem halte ich es für nützlich, das von den Franzosen in ihren Kolonien geübte Verfahren zu erwähnen. In den französischen Kolonien haben Fremde eine Aufenthaltsteuer und eine besondere Gewerbesteuer zu zahlen. Die Franzosen stehen aber auf dem Standpunkt, daß ihre Kolonien dazu da sind, vor allem der französischen Nation Elbogensfreiheit zu gewährleisten. Ähnlich liegen ja die Verhältnisse in den holländischen Kolonien. Nur die Engländer sind liberal, vielleicht mit guten Gründen, denn sie haben ein Interesse daran, ihrem indischen Überschuss fremde Türen offen zu halten, und trotzdem sträuben sich jetzt schon verschiedene englische Kolonien, zum Beispiel Australien und Südafrika, gegen die asiatische Invasion.

Alles in allem meine ich, man sollte Ausländern, die einige Gewähr für Solidität bieten und entsprechende Mittel aufweisen können, nichts in den Weg legen, wenn sie sich in unsern Kolonien niederlassen wollen, aber man sollte sie auch nicht unterstützen. Wir haben alle Veranlassung, uns die Möglichkeit offen zu lassen, daß unser Bevölkerungsüberschuß mit der Zeit in unsern eignen Kolonien statt auf fremdem Boden eine Heimat findet. Blühende deutsche Siedlungen in aller Herren Ländern beweisen, daß sich der Deutsche in den schwierigsten Lagen zurechtfindet, warum sollte er nicht in unsern Kolonien leisten können, was Fremde vermögen? Doch davon wollen wir ein andermal reden. Jedenfalls brauchen wir die Ausländer nicht.



Amerika und die Dauerhaftigkeit seiner politischen Verhältnisse

2

Imperialismus und Expansion sind Schlagwörter, entsprungen aus dem Verlangen nach Märkten, auf denen die nordamerikanische Industrie eine Art Monopol genießt, die also gegen die Einfuhr aus Europa abgesperrt werden müssen. Die Vereinigten Staaten sind mit hohen Schutzzollwällen umgeben. Seitdem sich die amerikanische Industrie so stark entwickelt hat, ist ihr eigenes Gebiet kein genügendes Absatzgebiet mehr. Auf dem Weltmarkt ist die amerikanische Industrie nur bedingt konkurrenzfähig; nur wenn es sich um Spezialitäten handelt (wie zum Beispiel landwirtschaftliche Maschinen und Gerätschaften), und wenn sie auf

Grund übertriebener Preise im Inlande ihren Überschuß erzwungen wohlfeil nach dem Auslande abstößt. Die mächtigen Trusts ziehen den Hauptvorteil aus dieser Politik. Sie sind es, die die Klassen der republikanischen Partei füllen und für die Propaganda durch Wort und Schrift unglaubliche Summen aufwenden. Sie sind dabei mit Roosevelt in Streit geraten, denn ihm wurde dieses System zu arg. Wohin sich der Sieg neigen wird, weiß man noch nicht. Der Drang nach Erwerbung solcher Märkte ist jahrzehntealt. Er trat schon Ende der siebziger Jahre auf, und zwar als Versuch, die Monroelehre auch auf den Handel anzuwenden. Der europäische Handel sollte soweit wie möglich durch den amerikanischen ersetzt werden. Aus Gründen, deren Entwicklung uns hier zu weit führen würde, hatten die übrigen amerikanischen Staaten wenig Neigung, darauf einzugehn.

Bald tauchte für diese Bestrebungen der Name „Panamerikanismus“ auf. Ein eifriger und einflußreicher Politiker der republikanischen Partei, Senator Blaine (mehrmals Staatssekretär des Auswärtigen, auch Präsidentschaftskandidat), betrieb sie lange Zeit. Er strebte einen engen Zusammenschluß ganz Amerikas auf vielen Gebieten, Münze, Maß, Gewicht, Rechtsschutz, Schiedsgericht, Monroedoktrin, vor allem aber gegenseitige Zollbegünstigung an. Unter seiner Ägide tagte 1889/90 ein panamerikanischer Kongreß in Washington. Er starb im Januar 1893, doch blieb sein Gedanke am Leben, denn 1901/02 trat zum zweitenmal in Mexiko, 1906 zum drittenmal in Rio de Janeiro ein solcher Kongreß zusammen. Vorübergehend wurden ansehnliche Erfolge erreicht. Es gelang Blaine, mit verschiedenen amerikanischen Staaten und sogar mit Kolonien europäischer Mächte sogenannte Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, kraft denen jene den Nordamerikanern und wiederum diese ihnen Zollermäßigungen zugestanden, an denen Europa keinen Anteil hatte. Die Kleinern fanden jedoch, daß sie sich dabei nicht gut stünden, und so erloschen die Verträge allmählich wieder, wozu auch beitrug, daß für 1892 bis 1896 die relativ freihändlerische demokratische Partei in den Vereinigten Staaten ans Ruder gekommen war.

In den letzten Jahren ist der Panamerikanismus auch offiziell wieder aufgenommen worden. Staatssekretär Root benutzte die Abhaltung des panamerikanischen Kongresses in Rio de Janeiro, um eine Rundreise durch die Hauptstädte der südamerikanischen Republiken zu machen. Überall wurde er herzlich aufgenommen, besonders in der Kongreßstadt Rio de Janeiro, und hier trug er auch einen realen Erfolg davon, einen neuen Gegenseitigkeitsvertrag. Vorläufig blieb dieser jedoch vereinzelt. Natürlich wurde in Europa das Wiederaufleben der Versuche, die nordamerikanischen Erzeugnisse in andern Teilen der westlichen Halbkugel zollpolitisch zu begünstigen, mißfällig aufgenommen. Es geschah jedoch nichts dagegen. Europa ist viel zu zerplittert, als daß es sich zu gemeinsamen Schritten aufraffen könnte.

Spuren von Zusammenschlüssen Amerikas sind auch sonst noch hervorgetreten. Von Argentinien ging die Drago-Calvolehre aus: zum Grundsatz zu

erheben, daß die politischen Mächte nicht das Recht haben sollten, die Forderungen ihrer Untertanen mit bewaffneter Hand einzutreiben. Auf dem letzten pan-amerikanischen Kongreß war die Stimmung dafür sehr groß, doch zauderten die Vereinigten Staaten begreiflicherweise, für diese auch gegen sie gerichtete Lehre einzutreten. Die Südamerikaner verlangten, daß darüber auf der Friedenskonferenz im Haag 1907 verhandelt werden solle; andernfalls wollten sie diese gar nicht beschicken. Schließlich kam unter nordamerikanischer Führung eine im Haag sanktionierte Vereinbarung zustande, deren entscheidender Paragraph 1 lautet: „Die Vertragsmächte sind übereingekommen, bei der Eintreibung von Vertragsschulden, die bei der Regierung eines Landes von der Regierung eines andern Landes für deren Angehörige eingefordert werden, nicht zur Waffengewalt zu schreiten. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn der Schuldnerstaat ein Anerbieten schiedsrichterlicher Erledigung ablehnt oder unbeantwortet läßt oder im Fall der Annahme den Abschluß des Schiedsvertrags vereitelt oder nach dem Schiedsverfahren dem Schiedsspruch nicht nachkommt.“

Das Prestige der Vereinigten Staaten ist immer im Wachsen. Es hat bedeutend gewonnen durch die Aussendung der atlantischen Kriegsflotte nach dem Stillen Ozean, um der neu entstandnen japanischen Großmacht begreiflich zu machen, daß sie sich an keinem Punkte Amerikas vergreifen dürfe. Noch weit greifbarer ist die Macht des Nordens an der Landenge von Panama geworden. Schon 1900 ist es den Staatsmännern zu Washington gelungen, das auf dem Clayton-Bulwer-Vertrag von 1850 beruhende Mit-Erbauungsrecht Großbritanniens aufzuheben und die ganze Kanalsache in ihre Hand zu bringen.

Zahllose male ist die Vermutung gehegt und ausgesprochen worden, daß die Vereinigten Staaten daran gingen, weitere Teile Amerikas zu erobern. Der spanische Krieg gab den stärksten Anlaß dazu. Er führte mit kaum nennenswerten Opfern zu der Erwerbung Portoricos und der Philippinen. Von Cuba vermutete man ein gleiches. Die Regierung bewahrte jedoch in der ehrenhaftesten Weise die Erinnerung an ihre vorher abgegebenen Erklärungen, daß sie Cuba befreien aber nicht erobern wolle; sie blieb ihnen treu. Sie half Cuba, sich als eine unabhängige Republik einzurichten. Ihr Militär besetzte das Land nur zeitweilig. Sie machte Vorbehalte dahin, daß ihr Cuba einen zu einem Kriegshafen geeigneten Platz abtreten müsse, daß Cuba nichts von seinem Gebiet an eine fremde Macht veräußern oder verpachten dürfe, daß es ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten keine Anleihen aufnehmen dürfe; sie behielt sich ein gewisses Einmischungsrecht vor. Endlich schloß sie nachher einen Zollbevorzugungsvertrag ab, der die cubanische Zuckerproduktion so begünstigt, daß die deutsche Zuckerausfuhr nach den Vereinigten Staaten aufgehört hat. Auf Cuba beginnt sich der Segen einer geordneten Regierung geltend zu machen.

Er beginnt — befestigt ist er noch lange nicht, denn die junge Republik hat schon ihre Revolution gehabt und die erste Regierung gestürzt. Noch ist Leben und Eigentum geschont geblieben. Sollte das einst nicht mehr der Fall sein, so werden die Nordamerikaner einschreiten.

Es wäre unrecht, der Politik der Vereinigten Staaten Eroberungsgelüste vorzuwerfen. Präsident Roosevelt ist zwar das Haupt der imperialistischen Partei, aber er ist auch ein weiser Staatsmann. Auf das Abenteuer von Eroberungen im romanisch-kreolischen Amerika möchte er doch nicht eingehn. Mehrfach hat er in der feierlichsten Weise Anschuldigungen dieser Art zurückgewiesen. Sein Staatssekretär Root erklärte: nach dem Gebiet unsrer Schwesterrepubliken trachten wir so wenig wie nach Landschaften im Monde. Das ist glaublich genug. Mit weiterm Landerwerb würden unausbleiblich auch kreolische Vertreter im Bundeskongreß einziehen, namentlich müßte jeder angegliederte Staat zwei Senatoren in den Bundes Senat senden. Das Treiben im Senat im Dienste der Politik der materiellen Interessen ist ohnehin derart, daß Kenner der Dinge nur mit Grausen an einen solchen „Fortschritt“ denken. Wenn nicht kreolische Senatoren selber erschienen, so würden vielleicht Newyorker Großkapitalisten das Mandat von zugänglichen Wählern zu erwerben wissen. Das geschieht leider jetzt schon zu viel. Nach Vermehrung solcher Vertretungen sehnt sich kein amerikanischer Patriot. Präsident Roosevelt hat auch den übrigen Republiken wirksam zu Gemüte geführt, daß sie die Monroelehre nicht überspannen dürfen. Wenn sie sich Verfehlungen gegen fremde Mächte zuschulden kommen ließen, so möchten sie nicht denken, daß die Vereinigten Staaten sie in Schutz nehmen würden. Einzig und allein gegen Eroberungsversuche würden diese sie schützen, in allem übrigen müßten sie für ihre Handlungen einstehn. Auch in den Vereinigten Staaten sind die politischen Probleme so ernst und verwickelt, daß man nicht wünschen wird, sie durch Eroberung anderer Staatsgebilde mit einer Mischlingsbevölkerung noch verworrener zu machen.

Das gegenwärtige Haupt des nordamerikanischen Volkes ist ein erleuchteter Politiker und ein höchst ehrenvoller Charakter. Er setzt soeben seine ganze Person ein, um sein Vaterland von der es bedrohenden Trustsgefahr zu befreien. Was ihn dabei selbst erwartet, das achtet er nicht. Er will der Korruption das Haupt zertreten. Nach allem, was wir von dem ausgezeichneten Manne wissen, sind machiavellistische Eroberungspläne bei ihm völlig ausgeschlossen.

Etwas andres ist es, ob unter kommenden Regierungen gleiche Weisheit das Ruder leiten wird, und ob man immer entschlossen sein wird, bei auftauchenden Verwicklungen allen Versuchungen zu widerstehn. Man weiß nicht, welchen Einfluß die Trusts gewinnen werden; ihnen ist wohl zuzutrauen, daß sie manches Abenteuer wagen, um zu geschützten Märkten zu gelangen, von

wo sie die europäische Industrie mit Zolltarifen fernhalten werden. Leute, die Eroberungen nur mit ihrem Geldbeutel durchzufechten haben, stehen anders da als solche, die mit ihrem Blut, ihrer Ehre, mit der Existenz ihres Vaterlandes dafür einstehen müssen.

Unter diesen allgemeinen Verhältnissen ist der üble Zustand vieler kleinerer amerikanischer Staaten eine Gefahr. Schon im Eingang haben wir die allgemeinen Verhältnisse berührt. Sehen wir uns in einigen Staaten die Dinge näher an. Die bestgeordnete Republik im spanischen Amerika ist zurzeit der nächste Nachbar der Vereinigten Staaten, Mexiko. Auch ihm haben Bürgerkriege und Mißwirtschaft nicht gefehlt. Seit 1877 steht ein Mann an der Spitze des Staats, der wohl die beste Verkörperung der kreolischen Militärdiktatur genannt werden kann: Porfirio Diaz. Er hat das Land mit eiserner Faust regiert, aber Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum gesichert und große wirtschaftliche Fortschritte durchgeführt, was um so mehr ins Gewicht fällt, als sein Regiment die Zeit der Entwertung des Silbers umfaßt. Mexiko ist der größte Silberproduzent der Erde. Ob aber die jetzige Ordnung das Leben des Mannes überdauern wird, das ist sehr fraglich, denn die wilden Gewalten des Umsturzes sind nur gezähmt, nicht vernichtet. Inzwischen sind vom Norden her viele Yankee's eingewandert, und die Summen der in Mexiko investierten, nach den Vereinigten Staaten gehörenden Kapitalien soll 600 bis 1000 Millionen Dollars betragen. Kommt es zu Revolution und Bürgerkrieg, so wird es immer eine Partei geben, die sich nach Washington um Hilfe wendet. An Gründen zur Einnischung wird es nicht fehlen.

Zu solchem Auftreten in Cuba hat sich die große Republik sogar das Recht erworben. In Santo Domingo nehmen die Dinge einen sehr übeln Verlauf. Die Bevölkerung der dominikanischen Republik ist freilich mit ihrer Zwillingschwester, der haitischen, nicht zu vergleichen. Sie wird verschieden angegeben, auf 500 000 bis 610 000, erreicht also eine Dichtigkeit von nur 10,3 bis 12,5. Darunter ist der dritte Teil noch als reines Negerblut anzusprechen, der Rest, bis auf wenige Kaukasier, als kreolisch-mulattisch. Mit den Regierungsverhältnissen liegt es wie gewöhnlich im spanischen Amerika. Die Finanzwirtschaft wurde zuletzt so arg, daß die Vereinigten Staaten die Verwaltung der Zölle und Steuern und die Verzinsung der rund 125 Millionen Mark betragenden Schulden in die Hand nehmen mußten. Weitere Einnischung haben sie standhaft abgewiesen. Haiti ist gerade in der jüngsten Zeit wieder der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit gewesen, da die Mißwirtschaft und die ganz schändliche Gewalttat hier ihren höchsten Grad erreichten. Die Franzosen, die hier einst Herren waren, haben wenig von ihrem Blut hier zurückgelassen. Auch das Indianerblut ist in dem afrikanischen ziemlich untergegangen. Eine Volkszählung von 1904 gibt die Bevölkerung auf 1 425 000 an, also eine Dichtigkeit von etwa 50 Köpfen auf den Quadratkilometer. Die unglaubliche Genügsamkeit der sorgenlosen, trägen Einwohner erklärt die große Dichtigkeit.

Zu neun Zehnteln bestehen sie aus reinen Negern; den Rest bilden dunkle Mulatten. Nächst der ungefähr gleich bevölkerten Republik Liberia bildet Haiti den ausgesprochensten Negerstaat auf Grund kaukasischer Kultur. In dieser Hinsicht sind die sogenannten Negerstaaten der Vereinigten Staaten gar nicht mit Haiti zu vergleichen, denn von diesen haben nur zwei eine farbige Mehrheit. Die ausgesprochensten Negerstaaten sind:

	Weißer	Neger
Südkarolina	557807	782231
Mississippi	641200	907630
Nordkarolina	1263603	624469
Georgia	1181294	1034813
Alabama	1001152	827307
Louisiana	729612	650804

Was aus diesen werden kann, wenn einmal nicht mehr die Staatsgewalt von Washington die Fahne der Kultur verteidigt, davon mag Haiti eine abschreckende Vorstellung geben. Und andererseits kann die Phantasie sich ausmalen, wozu sich Haiti entwickeln kann, wenn die Nordamerikaner hier Ordnung schaffen. Was der europäische Handel dadurch verliert, daß die Amerikaner hier ihre Zollschranken aufrichten, das wird er durch die Ordnung gewinnen. So hat sich die deutsche Ausfuhr nach Cuba trotz des amerikanischen Vorzugszollses von 10 bis 12 Millionen Mark in den Jahren 1899 bis 1900 allmählich auf 19 bis 20 Millionen in den Jahren 1905 bis 1906 gehoben. Bei Haiti ist die Hoffnung auf Reformen aus eigener Kraft am geringsten. Man muß annehmen, daß die Vereinigten Staaten, so wenig Lust sie dazu auch haben werden, eines Tages durch den Gang der Dinge zum Einschreiten genötigt werden. In äußerlicher Weise tun sie das schon jetzt, und neben ihnen auch Deutschland und England. Portorico ist schon ein Teil der Vereinigten Staaten.

Das übrige Westindien ist noch in europäischer Hand, meist in der englischen. Man kann Jamaika als typisch ansehen. Auch hier ist das Negerblut ganz überwiegend. Drei Viertel werden als reine Neger angesehen, der Rest, mit Ausnahme von etwa 16000 bis 18000 Weißen, als Mischlinge. Der Wohlstand auch des europäisch regierten Westindiens hat durch den Rückgang der Zuckerpreise schwer gelitten. Dennoch ist durch die starke und von Einsicht geleitete Hand der Weißen überall ein Verfall wie in Haiti abgewandt worden.

Zentralamerika, die fünf ältern kleinen Republiken, ist wie Spanischamerika überall, jedoch noch verschlimmert durch Kriege zwischen den einzelnen Staaten, die hier an der Tagesordnung sind und das Elend des Aufbruchs und der Bürgerkriege noch verschärfen. Im Grunde sind alle von ganz ähnlichen wirtschaftlichen und ethnographischen Verhältnissen, gleicher Konfession, ohne etwas, was sich mit dynastischen Traditionen, wie einst in Deutschland,

vergleichen ließe. Das Negerblut ist hier viel schwächer als in Westindien und in Südamerika. Die Mischlinge stammen von Weißen und Indianern ab, reine Indianer sind (wie auch in Mexiko) noch sehr zahlreich. Das kaukasische Element ist viel stärker als in Westindien. Guatemala zum Beispiel hat nach der freilich veralteten Zählung von 1893 unter 1364000 Einwohnern (12 auf den Quadratkilometer) 482000 Weiße — ob diese nun gerade einen reinen Stammesbaum haben, ist nicht gesagt. Um die Verhinderung der Kriege haben sich Mexiko und die Vereinigten Staaten große Mühe gegeben. Der Erfolg ist unvollständig. Zu innern Reformen kommt man schwer, deshalb bleibt die Möglichkeit einer nordamerikanischen Einmischung immer gegeben, sie hängt von unberechenbaren Ereignissen ab. Vollständig von den Vereinigten Staaten abhängig ist die junge, erst am 3. November 1903 proklamierte Republik Panama. Sie bildete bis dahin einen Teil der Republik Colombia und nahm an häufigem Aufruhr teil. Als die Vereinigten Staaten den Kanal bauen wollten, boten sie Colombia eine hohe Summe, doch überschätzten die Machthaber das Erreichbare. Panama, ohne Frage durch das Newyorker Riesenkapital wirksam unterstützt, jedoch ohne alle Einwirkung der offiziellen Kreise von Washington, erklärte seine Unabhängigkeit und rief den Schutz der Vereinigten Staaten an. Solcher wurde ihm dann natürlich zuteil. Die neue Republik verkündete ihre Unabhängigkeit und erhielt zehn Millionen Dollars dafür, daß sie alle Hoheitsrechte über das Kanalgebiet abtrat. Seitdem herrscht Ruhe und Ordnung; ein im Frühjahr 1908 erfolgter Angriff columbischer Scharen wird wohl eingestellt werden, ehe die Vereinigten Staaten eine strenge Miene machen können. In allen innern Angelegenheiten mögen die Panamesen sich selbst regieren, wenn sie nur nicht den Kanal oder das Eigentum Fremder antasten. Nach außen vertritt sie Washington. Und sollten sie die nordamerikanische Politik durchkreuzen, so wird man rasch mit ihnen umspringen. Dies ist eine Form des Protektorats des Nordens über kleine Republiken. Santo Domingo und Cuba haben andre; es lassen sich wohl noch viele finden.

Je weiter nach Süden, desto mehr verschiebt sich die Frage der Einmischung. Die Entfernung wächst, die Republiken werden größer, die Ausübung einer Vormundschaft wird schwieriger. Die beiden nördlichsten Staaten stellen das Elend des kreolischen Amerikas am ausgeprägtesten dar. Venezuela hat eine Bevölkerung von etwa zweieinhalb Millionen Seelen, unter denen nur etwa 25000 einheimische und 45000 fremde Weiße gezählt werden; ferner etwa 350000 Indianer, zum Teil noch in vollständiger Unabhängigkeit und Wildheit. Der Rest, reichlich zwei Millionen, wird aus den Abkömmlingen der drei völlig verschmolzenen Rassen, der Spanier, Neger und Indianer gebildet. Hier zeigt sich der Mangel an staatenbildender Kraft in erschreckender Deutlichkeit. Alle die schon erwähnten Schattenseiten sind hier vereinigt. Das Land ist beinahe so groß wie Deutschland und hat nur eine Bevölkerungsdichtigkeit von 2,3. Es ist sehr schwer zu packen, für Versündigung an Kultur-

mächten also schwer zu strafen. Präsident Castro hat gewagt, Deutschland, England, Frankreich, Italien, Holland zugleich zu trozen. Die ihm zuteil gewordne Abstrafung hat ihn nicht verhindert, alsbald mit den Vereinigten Staaten anzubinden. Er hat einer nordamerikanischen Gesellschaft, der Bermudez Asphalt Company, die Konzession entzogen, weil sie sich am Aufruhr beteiligt habe, was wahr, jedoch nur in einer Zwangslage geschehen sein soll. Die Vereinigten Staaten sind langsam zum Zorn, wenn keine europäische Einmischung droht. Krieg zu führen haben sie keine Neigung. Man kommt also über Proteste und Klagen nicht hinaus, und unterdessen schlägt Präsident Castro dem großen Bruder in Washington ein Schnippchen.

Es kann nicht unsre Aufgabe sein, alle südamerikanischen Staaten durchzugehen. Das Gesamtbild verändert sich, je weiter wir nach Süden kommen, um so vorteilhafter. Brasilien ist in eine bessere Ära eingetreten, es arbeitet sich vielleicht durch. Argentinien widmet alle Kräfte der Kultur seiner weiten Ebenen und erfreut sich einer starken Einwanderung namentlich aus Italien. Man zählte 1903 schon 500 000 Italiener, rund den zehnten Teil der Gesamtbevölkerung. Seitdem hat die starke Einwanderung noch immer andauert. Die Italiener kommen weniger als dauernde Ansiedler denn als Gäste für fünfzehn bis zwanzig Jahre in der Hoffnung, dann mit einem kleinen Kapital, von dessen Rente sie leben können, heimkehren zu können. Spanier wurden zu derselben Zeit 200 000 gezählt, Franzosen 94 000, Amerikaner 118 000, Deutsche nur 17 000. Dennoch brachte die Hypnose gewisser Deutschenfeinde es fertig, Deutschland die Lust, Argentinien zu erobern, unterzuschieben. Aus der Ära der Revolutionen ist Argentinien noch immer nicht heraus. Chile hat am wenigsten unter Unruhen gelitten. Das gebirgige, gemäßigte Klima hat ein kräftiges, kriegerisches Volk erzogen. Chile hat einen Teil Perus und Boliviens erobert und wiederholt dem größern und volkreichern Argentinien kriegsdrohend gegenübergestanden. Einflüsse der Großstaaten und Anrufung von Schiedsgerichten haben den Ausbruch von Feindseligkeiten verhindert. Als bezeichnend für die Abnahme des Einflusses der Vereinigten Staaten nach Süden zu ist hervorzuheben, daß Chile und Argentinien als Schiedsrichter nicht den Präsidenten der Vereinigten Staaten angerufen haben, sondern König Eduard von England. Beide sind niemals in die sogenannten Gegenseitigkeitsverträge mit den Vereinigten Staaten eingetreten. Die Ausfuhr ganz Südamerikas, namentlich der beiden südlichsten Staaten, nach Europa ist ganz bedeutend größer als nach den Vereinigten Staaten. Das ist immerhin ein starkes Hindernis, das diese bei allen Versuchen, den europäischen Handel durch Zollmachinationen auszuschalten, zu überwinden haben. Mächte Europa zu so viel gemeinschaftlichem Handeln kommen, um einen allen seinen Teilen drohenden Schlag dieser Art abzuwenden.

Die Bevormundung ganz Amerikas durch das einzige kräftige, mächtige staatliche Gebilde ist ein Entwicklungsziel, das bei dem zerrütteten Zustande

fast des ganzen romanischen Amerikas keineswegs ausgeschlossen ist. Ob, wann und wie sich ein solches Ereignis aber einmal vollziehen wird, das hängt von dem Zusammenspiel der mannigfaltigsten Umstände ab. In ihrer Gesamtheit sind diese völlig unberechenbar.



Fürsorgeerziehung



Es begegnet dem Rezensenten nicht oft in diesen Tagen literarischer Überproduktion, daß er freudig ausrufen kann: dieses Buch ist nicht allein existenzberechtigt, nicht allein nützlich, es ist geradezu notwendig! Bewahrung der Jugend vor dem Verderben, das einem ganz wesentlichen Teile der Sprößlinge des ärmern Volks droht, gehört zu den allerdringendsten Staatsnotwendigkeiten. Soll aber die Bewahrungs- und Rettungsarbeit mit einiger Aussicht auf Erfolg betrieben werden, so müssen möglichst weite Kreise für die Teilnahme daran gewonnen, und sie müssen über den Umfang und die Natur des Übels sowie über die zu seiner Bekämpfung verfügbaren Mittel genau unterrichtet werden. Das leistet F. F. Landsberg, Vormundschaftsrichter in Vennep, mit seinem Buche: Das Recht der Zwangs- und Fürsorgeerziehung. (Berlin und Leipzig, Dr. Walther Kothschild, 1908.) Sein Inhalt ist aus reicher Erfahrung und gründlicher Sachkenntnis geschöpft, ein warmes Herz hat es inspiriert, und ein gesunder praktischer Verstand sorgt dafür, daß die Herzenswärme nicht irreführt. Den zunächst berufenen: Vormundschaftsrichtern, Lehrern, Kreis- und Gemeindebehörden, Pfarrern, Vormündern, Leitern von Wohltätigkeitsvereinen bietet es sich als ein Führer durch ein verwinkeltes Rechtsgebiet dar, den sie bald unentbehrlich finden werden.

Im ersten Abschnitt werden „die Feinde“ beschrieben, die das sittliche Verderben anrichten, und wird zunächst erklärt, was darunter zu verstehn sei. Um sich das klar zu machen, muß man einen praktischen Begriff von Sittlichkeit haben, und der Verfasser beweist nun, daß dieser Begriff keineswegs mit den Definitionen der christlichen Kirchen zusammenfällt, daß es darum irre leitet, wenn in den Kommentaren zum preußischen Fürsorgegesetz und in den Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern Sittlichkeit mit Religion beinahe identifiziert wird. Das Christentum predige eine Sittlichkeit, die über das für die bürgerliche Ordnung erforderliche hinausgeht und zu heroischen Opfern im Dienste der Nächstenliebe befähigt. Aber diese Sittlichkeit, darin geben wir ihm recht, ist nicht das, was einem verwahrlosten Kinde in seinem eignen Interesse und in dem der Gesellschaft beigebracht werden soll und kann. Und diese erhabne Sittlichkeit birgt zudem wirkliche Gefahren. Der Fall ist